



## **Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -**

am 06.12.2016

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 20:45 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 15 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Oberbürgermeister Norbert Zeidler

Mitglieder:

Stadtrat Tom Abele  
Stadtrat Rainer Etzinger  
Stadträtin Steffi Etzinger  
Stadtrat Christoph Funk  
Stadträtin Marlene Goeth  
Stadträtin Monika Holl  
Stadträtin Manuela Hölz  
Stadtrat Reinhold Hummler  
Stadträtin Gabriele Kübler  
Stadtrat Dr. Rudolf Metzger  
Stadtrat Dr. Peter Schmid  
Stadtrat Peter Schmogro  
Stadtrat Johannes Walter  
Stadtrat Dr. Manfred Wilhelm

Stellvertreter:

Stadtrat Hubert Hagel

entschuldigt:

Stadträtin Elisabeth Jeggle

## Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am 06.12.2016

### Verwaltung:

Andrea Appel, Gremien, Kommunikation, Bürgerengagement	
Ortsvorsteher Helmuth Aßfalg, Stafflangen	
Ortsvorsteher Walter Boscher, Ringschnait	
Frank Brunecker, Museum Biberach	ab TOP 2
Christopher Dürste, Personal	
Sabine Engelhardt, Kulturamt	
Ortsvorsteher Theo Imhof, Rißegg	ab TOP 3
Baubürgermeister Christian Kuhlmann	
Brigitte Länge, Ordnungsamt	bis TOP 5
Margit Leonhardt, Kämmereiamt	
Kulturdezernent Dr. Jörg Riedlbauer	
Tanja Schneider, Amt für Bildung, Betreuung u, Sport	bis TOP 5
Christian Walz, Seniorenbüro	
Robert Walz, Gebäudemanagement	TOP 2 bis 5
Renate Werner, Rechnungsprüfungsamt	
Erster Bürgermeister Roland Wersch	

### Gäste:

Wilfried Erne, Hauptamt  
Stadtrat Werner-Lutz Keil  
Herr Mägerle, Schwäbische Zeitung

### **Tagesordnung**

<b>TOP-Nr.</b>	<b>TOP</b>	<b>Drucksache Nr.</b>
1.	Behandlung der Tagesordnung	
2.	Bekanntgabe von nichtöffentlich gefassten Beschlüssen des Hauptausschusses vom 22.09.16	2016/045
3.	SPD Antrag vom 12.09.2016: Gaisentalstraße: Ergänzung der Querungshilfe zusätzlich mit einem Zebrastreifen	2016/060
4.	Hausaufgabenbetreuung in der Stadt Biberach Antrag des Deutschen Kinderschutzbundes Ortsverband Biberach e.V. auf Verlängerung und Erhöhung des Personalkostenzuschusses	2016/084
5.	Gesamtliste Haushaltsanträge 2017	2016/092
6.	Altenhilfefachberatung	2016/086

Die Mitglieder wurden am 25.11.2016 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 30.11.2016 ortsüblich bekannt gegeben.

**TOP 1.      Behandlung der Tagesordnung**

StR Funk wirft vor Eintritt in die Tagesordnung die Frage auf, ob es nicht besser wäre, bei den Haushaltsberatungen Anfragen und Anträge getrennt voneinander abzuhandeln. Darüber hinaus sollte die Vorlage zur Schulstraße bereits heute im Hauptausschuss aufgerufen und nicht nur im Bauausschuss behandelt werden. Er wolle verhindern, dass es morgen im Bauausschuss heiße, dieser sei dafür gar nicht zuständig.

OB Zeidler erwidert, dass die Vorlage zur Schulstraße wahrscheinlich noch gar nicht in allen Fraktionen behandelt wurde. Sollte es Probleme im Bauausschuss geben, werde das Thema an den Gemeinderat verwiesen. Im Übrigen würde er vorschlagen, die Reihenfolge von Tagesordnungspunkt 4 und 5 zu tauschen und die Vorlage zur Altenhilfefachberatung erst nach der Beratung über die Gesamtliste der Haushaltsanträge zu beraten.

Aus den Reihen des Hauptausschuss erhebt sich kein Widerspruch.

**TOP 2. Bekanntgabe von nichtöffentlich gefassten Beschlüssen des Hauptausschusses vom 22.09.16 2016/045**

Dem Hauptausschuss liegt Vorlage Drucksache Nr. 2016/045 zur Kenntnisnahme vor.

**Damit hat der Hauptausschuss Kenntnis genommen.**

**TOP 3. SPD Antrag vom 12.09.2016:  
Gaisentalstraße: Ergänzung der Querungshilfe zusätzlich mit  
einem Zebrastreifen**

**2016/060**

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2016/060 zur Kenntnisnahme vor.

OB Zeidler führt aus, dass den Anwesenden sowohl der Antrag, als auch die Stellungnahme der Verwaltung bekannt sei. Er möchte den Antragstellern dennoch die Möglichkeit geben, sich hier zu ihrem Antrag zu äußern.

StRin Kübler betont, sich darüber im Klaren zu sein, dass der Gemeinderat für dieses Thema eigentlich nicht zuständig sei, dennoch stehe ihrer Ansicht nach die Sicherheit im Vordergrund und sie habe den Eindruck, dass die Vorschläge der SPD-Fraktion von der Verwaltung nicht ernst genommen worden seien. Anstatt Alternativen aufzuzeigen, würden die Vorschläge der SPD mit Formalien abgebügelt. Die Bauausschuss-Vorlage zur Gaisentalstraße sei bezüglich des Wegfalls des Fußgängerstreifens nicht korrekt gewesen. Eine Veränderung wurde so ausdrücklich im Bauausschuss eigentlich nicht beschlossen. Transparenz gegenüber dem Bürger und dem Gemeinderat sehe ihrer Ansicht nach anders aus.

OB Zeidler entgegnet, dies so zur Kenntnis zu nehmen. Hinsichtlich des letzten Punktes könne er ihr teilweise zustimmen. Seine Mitarbeiter hätten ihm zwar mitgeteilt, dass der Wegfall des Fußgängerstreifens bei genauem Betrachten der Pläne ersichtlich gewesen wäre, aber er sehe es nicht als seine Aufgabe an, vorher und nachher zu vergleichen. Insofern gelobe er an dieser Stelle Besserung.

StR Hagel meint, dass hierzu eigentlich keine Aussprache vorgesehen sei. Deshalb möchte er auch nur einen kurzen Kommentar abgeben. Für alle Fraktionen stehe die Sicherheit im Straßenverkehr an oberster Stelle. Sowohl die offiziell ermittelten Zahlen, als auch die persönliche Wahrnehmung zeigen jedoch, dass die Querungszahlen an dieser Stelle gering seien. Zudem gebe es für Fußgänger Ausweichmöglichkeiten. Die Antwort der Verwaltung sei somit sinnvoll und nachvollziehbar.

StR Hummler teilt mit, dass es früher an dieser Stelle eine Absperrung gegeben habe. Er würde gerne wissen, weshalb man diese Absperrung nicht wieder angebracht habe. Durch diese wären die Fußgänger gezwungen, etwas zur Seite zu gehen und die Querungshilfe zu benutzen.

StR Dr. Schmid führt aus, dass die Grünen einen Zebrastreifen begrüßt und gerne nachjustiert hätten. Er akzeptiere aber, dass die Entscheidung hierüber in den Kompetenzbereich der Verwaltung falle. Ihn störe, dass die Unterschriftenaktion der Anwohner nicht in die Vorlage mit aufgenommen wurde.

OB Zeidler wirft ein, dass ihn keine Unterschriften erreicht haben. Auch Amtsleiterin Länge teilt mit, dass ihr keine Unterschriften vorliegen.

StR Funk meint, dass die Zuständigkeiten schon genau geklärt werden müssten. Seiner Ansicht nach sei das Dezernat I und das Ordnungsamt zuständig. Aus den Reihen des Bauausschusses habe er vernommen, dass die jetzige Querungshilfe sicher sei und deshalb habe er sich mit der

## Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am 06.12.2016

Situation so abgefunden. Aufgefallen sei ihm aber, dass bei der Verkehrsmessung im September zwar die Anzahl der Fußgänger stabil geblieben sei, die Anzahl der Fahrzeuge aber stark angestiegen sei. Hier würde ihn interessieren, worauf dies zurückgeführt werden könne.

Baubürgermeister Kuhlmann erklärt, dass das Ordnungsamt für Angelegenheiten der Verkehrssicherheit zuständig sei und nicht das Baudezernat. In der Regel werden die im Baudezernat erstellten Entwürfe an das Ordnungsamt weitergeleitet und dort im Hinblick auf die Verkehrssicherheit beurteilt und gegebenenfalls modifiziert, ehe sie ins Gremium eingebracht werden. Künftig solle noch klarer herausgestellt werden, wenn verkehrsrechtliche Änderungen vorgenommen werden. Bezüglich der früher vorhandenen Absperrkette erläutert er, dass vielerorts entsprechende Ketten oder Leitplanken abgebaut worden seien. Seiner Ansicht nach seien früher etwas zu viele Barrieren aufgebaut worden. Eigentlich sollte jeder normale Verkehrsteilnehmer erkennen können, dass es sich hier um eine normale Straße handle, auf der man nicht einfach weiterlaufen könne. Wenn dies der Maßstab sei, gebe es noch viele weitere Stellen, an denen Ketten gespannt werden müssten.

OB Zeidler ergänzt, dass er in diesem konkreten Fall nicht ganz so eingebunden worden sei, wie es Baubürgermeister Kuhlmann eben idealtypisch dargestellt habe. Für die Zukunft stelle er sich dies anders vor. Ihm sei bewusst, dass einmal vorhandene Zebrastreifen ein sensibles Thema seien. Trotzdem bitte er die Stadträte um eine faktenorientierte Debatte. Auch das oft zitierte Argument der Verkehrssicherheit ziehe hier nicht.

Amtsleiterin Länge gibt an, keine Erklärung für das gestiegene Verkehrsaufkommen in dieser Zeit zu haben. Die Anzahl der Fahrzeuge sei erhoben worden und man habe höhere Zahlen als üblich ausgemacht. Vielleicht habe es mit Baustellen oder Umleitungen zusammengehungen.

**Damit hat der Hauptausschuss Kenntnis genommen.**

**TOP 4. Hausaufgabenbetreuung in der Stadt Biberach 2016/084**  
**Antrag des Deutschen Kinderschutzbundes Ortsverband Biberach**  
**e.V. auf Verlängerung und Erhöhung des Personalkosten-**  
**zuschusses**

Dem Hauptausschuss liegt die Drucksache Nr. 2016/084 zur Vorberatung vor.

StR Walter bezeichnet die Hausaufgabenbetreuung des Deutschen Kinderschutzbundes als eine hervorragende Sache. Die CDU-Fraktion werde dem Antrag gerne zustimmen.

StR Dr. Metzger meint, dass die Erhöhung des Zuschusses gut begründet sei. Die SPD-Fraktion werde der Vorlage gerne zustimmen.

StRin Goeth teilt mit, die Arbeit des Vereins ebenfalls zu schätzen. Sie würde aber gerne wissen, warum die Kinder ab Klasse 5 nicht die schulischen Hausaufgabenbetreuungsangebote nutzen. Eine solche Betreuung gebe es mittlerweile an allen städtischen Ganztageschulen. Dies werfe die Frage auf, ob die beiden Angebote nicht in Konkurrenz zueinander stehen. Darüber erkundigt sie sich, wie viele Stunden künftig mit der 50-Prozentstelle angeboten werden sollen.

StR Dr. Schmid geht davon aus, dass es sich beim Angebot des Kinderschutzbundes um eine Ergänzung zu den schulischen Angeboten handele. Insofern sehe er hier keine Doppelstruktur.

StR Funk ergänzt, der Vorlage ebenfalls zuzustimmen.

Amtsleiterin Schneider bestätigt, dass es sich beim Angebot des Kinderschutzbundes um eine Ergänzung der städtischen Hausaufgabenbetreuung handele. Bei der Betreuung durch den Kinderschutzbund stünden eher Sprachförderung und Sozialkompetenzen im Vordergrund. Zudem gebe es freitags auch Freizeitangebote. An der Anzahl der angebotenen Stunden werde sich nichts ändern.

StR Hummler weist darauf hin, dass durch den Wegfall der Grundschulempfehlung viele Schüler auf der falschen Schule seien. Er sehe hier das Land in der Pflicht, welches für die eigenen Entscheidungen nun auch gerade stehen müsse. Dies sei wieder einmal ein Beispiel dafür, dass sich die Stadt für Dinge verantwortlich fühle, für die sie eigentlich nicht verantwortlich sei. Bei allem Respekt vor der Arbeit des Kinderschutzbundes sei vor diesem Hintergrund die Erhöhung des Zuschusses für ihn nicht zustimmungsfähig.

OB Zeidler stellt die Ziffern des Beschlussantrages einzeln zur Abstimmung.

Ziffer 1 wird einstimmig zugestimmt.

Ziffer 2 wird bei 2 Nein-Stimmen (StRe Goeth, Hummler) und sonstigen Ja-Stimmen zugestimmt.

Ziffern 3 und 4 wird einstimmig zugestimmt.

Damit fasst der Hauptausschuss mehrheitlich folgenden



Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am 06.12.2016

**Beschluss:**

**Dem Gemeinderat wird empfohlen, gemäß der Beschlussvorlage der Verwaltung zu beschließen.**

**TOP 5. Gesamtliste Haushaltsanträge 2017**

**2016/092**

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2016/092 zur Beschlussfassung vor.

Nr. 3 In den Kindergärten keine eigenen Springerstellen schaffen  
- Antrag der Freien Wähler

StRin Goeth führt aus, dass Stellen schon korrekt bezeichnet werden müssten. Sie finde es etwas befremdlich, dass erst von Springerstellen die Rede sei und dann aber von der Verwaltung erklärt werde, dass es sich hierbei gar nicht um Springerstellen handele. Vielmehr gehe es um die Weiterbeschäftigung von guten Azubis. Im Jahr 2013 sei dies neu geregelt worden. Dabei habe man je nach Note eine Weiterbeschäftigung von mindestens drei bis 24 Monate angeboten und nicht von zwölf bis 24 Monate. Dies müsste unbedingt korrigiert werden, sollte es falsch umgesetzt werden.

Desweiteren habe sie noch einige zusätzliche Fragen: Erstens möchte sie wissen, wie in den letzten Jahren mit den in den Kitas ausgebildeten Erziehern verfahren worden sei und warum das Thema erst jetzt auf den Tisch komme. Noch dazu mit lediglich zwei Sätzen im Stellenplan und keiner eigenen Vorlage. Im Prinzip sei dies ein ganz anderer Sachverhalt als das was damals 2013 beschlossen wurde. Die Aufstockung von vier auf sieben Trainee-Stellen sei ihrer Ansicht nach eine eigene Vorlage wert. Zudem seien die Kosten dieser Aufstockung nirgendwo aufgeführt. In diesem Zusammenhang möchte sie wissen, ob auch die konfessionellen Kindergärten ausbilden und ob auch hier diese Übernahmeregelung angewandt werde. Denn dann würde die Stadt auch dies bezahlen. Darüber hinaus stelle sich die Frage, ob die Übernahmeregelung auch auf Anerkennungspraktikanten ausgeweitet werden solle. Es sei zwar verständlich, dass man auch die guten Praktikanten halten wolle, doch Auszubildende im eigentlichen Sinne seien dies nicht. Zudem habe sie gehört, dass auch Studenten eine solche Traineeestelle erhalten können. Dies entspreche nicht der damaligen Absicht. Die Freien Wähler möchten diese zusätzlichen Stellen daher mit einem Sperrvermerk versehen und das Thema mit einer eigenen Vorlage behandeln.

Amtsleiterin Schneider erklärt, dass immer versucht worden sei, freie Planstellen mit Azubis zu besetzen. Dies sei in der Vergangenheit immer wie ein Puzzlespiel gewesen. Nun hätte sie gerne eine etwas sauberere Darstellung. Die Anerkennungspraktikanten seien durchaus wie Azubis zu sehen, da sie letztlich die gleiche Ausbildung absolvieren. In konfessionellen Kindergärten gebe es auch Auszubildende, aber ob es dort auch entsprechende Übernahmeregelungen gebe, wisse sie aktuell nicht. Zumindest habe es bisher keinen Antrag für die Planung entsprechender Stellen gegeben. Insgesamt werde sich durch die zusätzlichen Traineestellen nichts grundlegendes ändern. Die Stadt habe die Übernahmegarantie ausgesprochen und dementsprechend müsse dies auch im Stellenplan sauber dargestellt werden.

StRin Goeth teilt mit, dass die Freien Wähler ihren Antrag zurückziehen werden. Man sei damals von Springerstellen ausgegangen. Nichtsdestotrotz finde sie es nicht in Ordnung, dass dieses Thema mit zwei Sätzen abgehandelt wird.

StR Funk meint, dass sich eigentlich nichts ändern werde, außer der klareren Darstellung im Stellenplan.

OB Zeidler bestätigt dies. Auszubildenden, die ihre Ausbildung abgeschlossen haben, müsse formal eine Stelle angeboten werden können. Rein rechnerisch könne dies nicht funktionieren, wenn alle Stellen besetzt seien. Für diesen Fall müssten diese Stellen ausgewiesen werden. Faktisch werden diese Stellen wahrscheinlich nie besetzt sein, da eher ein Mangel an Erzieherinnen herrsche. Insofern handele es sich um eine reine Formalie.

**Damit ist der Antrag der Freien Wähler zurückgezogen.**

Nr. 4 Fortführung der Statistik der Krankheitstage je Mitarbeiter  
- Anfrage der SPD-Fraktion

StR Dr. Metzger möchte wissen, weshalb die Verwaltung keine Notwendigkeit zur Fortschreibung der Krankheitsstatistik sehe, zumal ihm die Fluktuationsrate für einen öffentlichen Arbeitgeber eher hoch erscheine. Seiner Ansicht nach sollte die Verwaltung einen Überblick über den Krankheitsstand der Mitarbeiter haben, schon allein deshalb, um die Gesundheitsangebote besser planen zu können.

OB Zeidler teilt mit, keine Angst vor dieser Statistik zu haben. Im Übrigen sinke die Fluktuationsrate.

Sachgebietsleiter Dürste erklärt, dass die AOK jedes Jahr ihren Statistikbericht vorstelle. Dieser umfasse natürlich nur die AOK-Versicherten, allerdings würden diese einen Großteil der städtischen Mitarbeiter ausmachen. Kernaussage dieses Berichts sei, dass die städtische Krankheitsstatistik im Vergleich zu anderen öffentlichen und auch privaten Arbeitgebern sehr gut sei. Er könne den Stadträten diesen Bericht gerne einmal zukommen lassen.

Amtsleiter Hiller ergänzt, dass die Gesamtstatistik eigentlich drei Bereiche umfasse: die klassischen Verwaltungsmitarbeiter, die Mitarbeiter des Bauhofs sowie die Mitarbeiter im Bereich Soziales und Betreuung. Aus der Zeiterfassung könne man nur für die Verwaltungsmitarbeiter ohne größeren Aufwand eine Statistik erstellen. Für die anderen Mitarbeiter wäre es ein größerer Aufwand, weshalb man auf die Statistik verzichtet habe.

**Die Anfrage ist mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.**

Nr. 5 Angabe der Krankheitstage der Mitarbeiter im Haushaltsplan  
- Antrag der Freien Wähler

StRin Goeth meint, dass die Zahl der Krankheitstage schon angegeben werden sollte, wenn die Zahlen denn vorliegen.

Amtsleiter Hiller erläutert, dass es zwar in den vergangenen Jahren Zahlen hierzu gegeben habe, allerdings hätten diese keinen Sinn ergeben. Aus diesem Grund wird die Zahl der Krankheitstage nicht mehr angegeben.

StRin Goeth gibt an, mit dieser Antwort zufrieden zu sein. **Der Antrag werde damit zurückgezogen.**

Nr. 6 Zusammenfassende Darstellung von Beamten und Beschäftigten im Haushaltsplan

- Antrag der Freien Wähler

StRin Goeth erläutert, dass die zusammengefasste Darstellung von Beamten und Angestellten je Amt ein Service für die Stadträte wäre. Aktuell müsse jedes Mal mühsam zusammengezählt werden, wenn man wissen wolle, wie viele Mitarbeiter in einem bestimmten Amt beschäftigt sind.

Amtsleiter Hiller erklärt, dass die entsprechende Software landesweit neu eingeführt worden sei. Auch er habe diese Möglichkeit der Darstellung vermisst und künftig solle dies wieder möglich sein. Allerdings habe es aufgrund des Weggangs des bisherigen Amtsleiters einen Personalengpass im Hauptamt gegeben und er bitte daher um Verständnis dafür, dass man sich zuletzt auf das Nötigste habe beschränken müssen.

OB Zeidler meint, dass eine solche Übersicht sinnvoll sei. In Zukunft werde es diese Liste wieder geben.

**Damit hat sich der Antrag mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.**

Nr. 7 Fortführung des Stellendeckelungsbeschlusses

- Antrag der CDU-Fraktion

StR Abele meint, dass nicht nur Investitionen gebremst werden müssten, sondern auch der Personalzuwachs. Die bisherige Deckelung habe eine dämpfende Wirkung gehabt und sollte über das Jahr 2017 hinaus weitergeführt werden. Wenn die Notwendigkeit zusätzlicher Stellen gut begründet war, habe das Gremium bisher auch immer zugestimmt. Die Stellendeckelung sollte daher für weitere drei Jahre gelten.

StRin Kübler erklärt, dass die meisten Stellen in den Bereichen Bildung und Betreuung geschaffen worden seien. Insofern handele es sich bei dem Beschluss zur Stellendeckelung eigentlich um eine Farce, denn sowohl Gemeinderat als auch Verwaltung wögen sehr sorgfältig ab, ob neue Stellen wirklich notwendig seien.

StRin Goeth spricht sich dafür aus, die Hürden für die Schaffung neuer Stellen hochzuhalten. Die Freien Wähler möchten gute Begründungen für die Schaffung neuer Stellen. Sollten die Stellen wirklich notwendig sein, werden die Freien Wähler auch zustimmen. Aber nur Personal zu schaffen, um mehr Projekte bewältigen zu können, sei nicht der richtige Weg. Ihre Fraktion werde dem CDU-Antrag daher zustimmen.

StR Dr. Schmid stellt klar, dass die Grünen für einen disziplinierten Stellenplan eintreten. Trotzdem seien sie gegen den Beschluss zur Stellendeckelung, da damit das Handeln für drei Jahre eingeschränkt werde. Wenn neue Stellen notwendig seien, müssten diese auch geschaffen werden können.

StR Funk meint, dass der Beschluss bisher nichts gebracht habe. Trotzdem werde er dem Antrag heute zustimmen. Es sei nicht in Ordnung, Stellenzuwächse mit dem erhöhten Investitionsaufkommen zu begründen, denn das Baudezernat sei mit Stellenzuwächsen sehr diszipliniert. Die meisten Stellen, die seit dem Beschluss zur Stellendeckelung geschaffen wurden, seien in ganz anderen Bereichen der laufenden Verwaltung entstanden.

OB Zeidler meint, dass viel für die Stellendeckelung spräche. Es sei ein Zeichen der Haushaltsdisziplin und stelle eine Hürde für die Verwaltung dar. Trotzdem habe er das alte Verfahren positiv in Erinnerung. Im Übrigen möchte er auch für ein positives Bild der Verwaltungsmitarbeiter eintreten. Diese Mitarbeiter seien nicht seine Mitarbeiter, sondern letztlich die Mitarbeiter des Gemeinderats. Dieser habe auch eine Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeitern und müsse dafür Sorge tragen, dass die Aufgaben der Verwaltung auch bewältigt werden können. Der Beschluss zur Stellendeckelung sende das klare Signal an die Verwaltung, dass sie mit den vorhandenen Mitarbeitern auskommen müsse. In der Praxis führe dies dann dazu, dass zusätzliche Stellen nicht mehr von der Verwaltung vorgeschlagen werden, sondern aus den Reihen des Gemeinderats. So seien die Supportstellen vom Gemeinderat gefordert worden, ebenso die Aufstockung der Geschäftsführerstelle der Wieland-Stiftung. Dies könne dazu führen, dass Amtsleiter künftig direkt auf Stadträte zukommen werden. Für ihn persönlich sei dies kein Problem, aber unter Umständen werde es für die Mitglieder des Gemeinderats etwas schwieriger. Eine Stellendeckelung bedeute letztlich auch, dass wenig Raum für neue Ideen geschaffen werde. Er hoffe daher, wieder zum alten Verfahren zurückkehren zu können.

OB Zeidler stellt den **Antrag** der CDU-Fraktion zum Stellendeckelungsbeschluss zur Abstimmung.

**Dieser wird bei 9 Ja-Stimmen (StRe Abele, R. Etzinger, S. Etzinger, Funk, Goeth, Hummler, Hagel, Schmogro, Walter) und restlichen Nein-Stimmen angenommen.**

#### Nr. 8 Rückführung der Personalkosten

##### - Antrag der FDP-Fraktion

StR Funk erläutert, mit der knappen Antwort der Verwaltung nicht zufrieden zu sein. Mit ihrem Antrag wolle die FDP eigentlich nur nachfragen, was denn an der Personalsituation geändert werden könne und man habe auch bewusst auf die Angabe einer konkreten Jahreszahl verzichtet. Seiner Ansicht nach gebe es immer Aufgaben, die irgendwann abgearbeitet seien. Auch könne man Aufgaben reduzieren. Er möchte gar nicht wissen, wie viele Stellen mittlerweile mit dem Amtsblatt BIBERACH KOMMUNAL beschäftigt seien. Mit dem heutigen Antrag wolle er einfach einmal einen Überblick über die Entwicklung der Personalsituation.

StR Abele kann das Ansinnen der FDP-Fraktion nachvollziehen. Die CDU werde diesem zustimmen. Es sei sinnvoll, sich mit diesem Thema ohne großen Zeitdruck auseinanderzusetzen. Aus diesem Grund plädiere er dafür, die Jahreszahl 2017 zu streichen, aber das Projekt dennoch nicht allzu weit in die Zukunft zu verschieben. Er schlage vor, es "mittelfristig" anzugehen und den Antrag entsprechend zu modifizieren.

OB Zeidler entgegnet, dass die Antwort vielleicht knapp, aber ehrlich ausgefallen sei. Sie resultiere aus einem sehr ehrgeizigen Investitionsprogramm sowie den vielen Wünschen, die von Seiten des Gemeinderats an die Verwaltung herangetragen werden. Wenn es in dieser Hinsicht so weitergehe, dann sei es schlichtweg nicht realistisch, in den nächsten Jahren Personal abzubauen. Im Übrigen konterkarriere dieser Antrag das Ansinnen der FDP-Fraktion, Jugend Aktiv wieder in die Verwaltung einzugliedern.

StR Funk widerspricht dem. Die FDP-Fraktion habe schon immer nicht nur den Stellenplan angeschaut, sondern auch die ausgegliederten Stellen. Diese müsse man auch berücksichtigen.

OB Zeidler stellt den modifizierten **Antrag** der FDP-Fraktion zur Abstimmung. Er lautet nun: "Mittelfristig aufzeigen, wie in den nächsten Jahren die Personalkosten zurückgeführt werden können."

**Der Antrag wird bei 9 Ja-Stimmen (StRe Abele, R. Etzinger, S. Etzinger, Funk, Goeth, Hummler, Hagel, Schmogro, Walter) und restlichen Nein-Stimmen angenommen.**

Nr. 9 Kommunales Beschäftigungsprogramm für Menschen mit geringer Qualifikation  
- Antrag der CDU-Fraktion

StR Abele erklärt, dass der CDU-Antrag auf ein kommunales Beschäftigungsprogramm nicht nur auf Flüchtlinge abziele, sondern generell auf Personen mit geringer Qualifikation, die es schwer haben, auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Er könne mit der Stellungnahme der Verwaltung leben und finde es gut, dass die Bemühungen der Verwaltung auch einmal öffentlich werden. Er möchte darum bitten, diese Personengruppe auch künftig nicht aus den Augen zu verlieren.

**Der Antrag hat sich mit der Stellungnahme der Verwaltung erledigt.**

Nr. 10 Schaffung einer städtischen Stelle zur Planung/Betrieb/Steuerung der technisch hoch installierten Gebäude  
- Antrag der SPD-Fraktion

StR Dr. Metzger führt aus, dass die Steuerung moderner Gebäude technisch immer komplexer werden. Die Umsetzung sei dann oftmals so teuer, dass die eigentlich beabsichtigten Einspareffekte zunichte gemacht werden. Er verstehe die Antwort der Verwaltung nicht, weshalb die Einstellung weiterer Planer zu Folgekosten im Bereich Technischer Zeichner führen sollte und hätte hierfür gerne eine Erklärung.

Herr Walz erklärt, dass sich die Folgekosten bei den technischen Zeichnern auf die Redaktion der Fremdvergaben beziehen. Würden Fremdvergaben selbst geplant und durchgeführt, dann entstünden in den Bereichen Technischer Zeichner und Rechnungsabwicklung Folgekosten. Er glaube auch nicht, dass ein Absolvent der Hochschule die nötige Erfahrung für diese Aufgaben mitbringe.

Baudezernent Kuhlmann ergänzt, dass man durchaus überlegt habe, in diesen Bereichen noch zusätzliches Knowhow in die Verwaltung zu bringen. Man habe aber vier qualifizierte Meister, die ihre Gebäude sehr gut kennen. Zudem habe man sich einem kommunalen Netzwerk angeschlossen, in dessen Rahmen man sich über technische Standards austausche. Hier sei man auf einem sehr guten Weg.

StRin Kübler erklärt, dass die SPD-Fraktion keine zusätzliche Stelle gefordert habe. Auch sei es ihr nicht um Absolventen gegangen, sondern um erfahrene Mitarbeiter. Sie sei aber mit der Antwort der Verwaltung einverstanden und werde den Antrag hiermit zurückziehen.

**Der Antrag ist damit zurückgezogen.**

Nr. 11 Umschichtung von 5,5 Stellen in das neue Amt Kommunikation

- Anfrage der CDU-Fraktion

**Die Anfrage hat sich mit der Stellungnahme der Verwaltung erledigt.**

Nrn. 12, 13, 14 und 15

- Anfragen der SPD-Fraktion und der Freien Wähler

**Die Anfragen haben sich mit den Stellungnahmen der Verwaltung erledigt.**

Nr. 16 Aufstockung des kommunalen Ordnungsdienstes und

Nr. 17 Einsetzung eines hauptamtlichen Feuerwehrkommandanten

OB Zeidler erläutert, dass die Anträge zum kommunalen Ordnungsdienst sowie zum Feuerwehrkommandanten mit eigenen Vorlagen abgehandelt werden.

Nr. 18 und Nr. 19

- Anfragen der Freien Wähler und der CDU-Fraktion

**Die Anfragen haben sich mit den Stellungnahmen der Verwaltung erledigt.**

Nr. 20 Gemeinschaftshaus Mettenberg

- Anfrage der Freien Wähler

StRin Goeth möchte wissen, um was für ein Gebäude es sich beim Gemeinschaftshaus Mettenberg handele und wie der Hohe Mietwert von 1000 Euro pro Monat zustande komme. Darüber hinaus erkundigt sie sich, ob man dieses Gebäude nicht auch anderen Vereinen als Proberaum zur Verfügung stellen könnte.

OB Zeidler teilt mit, dass es sich um ein sehr schönes Gebäude handele, welches er bereits während seiner OB-Kandidatur habe kennenlernen dürfen.

Herr Walz erklärt, dass man sich mit der Kämmerei darauf verständigt habe, für die Qualität der städtischen Gebäude einheitliche Werte festzusetzen. Wenn sich das Gebäude in einem sanierungsbedürftigen Zustand befinde, würden geringere Mieten verlangt. Im Übrigen sei das Gebäude vollumfänglich ausgelastet. Er glaube nicht, dass sich hier noch weitere Vereine unterbringen lassen.

Nr. 21 und Nr. 22

- Anfragen der Freien Wähler

**Die Anfragen haben sich mit den Stellungnahmen der Verwaltung erledigt.**

Nrn. 25, 26, 27, 28, 33, 34, 35, 37, 38, 46, 47

**Die Anfragen haben sich mit den Stellungnahmen der Verwaltung erledigt.**

Nr. 48 Umstellung auf papierlose Vorlagen im Gemeinderat

- Antrag der SPD-Fraktion

StRin Holl möchte den Antrag der SPD-Fraktion zur Umstellung auf papierlose Vorlagen gerne modifizieren und die Verwaltung auffordern, hierfür ein Konzept zu erarbeiten. 32 Tablets seien auf Dauer billiger als die ganzen Papiervorlagen.

OB Zeidler teilt mit, diesem Wunsch gerne nachzukommen.

StR Abele schlägt vor, dass jeder Stadtrat selbst entscheiden könne, ob er seine Vorlagen in Papierform erhält. Er möchte seine Vorlagen auch weiterhin auf Papier erhalten, da er sich Notizen in den Vorlagen mache. Aber jeder solle so arbeiten können, wie er möchte. Deshalb brauche es auch kein Konzept.

OB Zeidler gibt bekannt, dass sich Hauptamtsleiter Erne diesem Thema annehmen und ein Konzept erstellen werde. Eine Abstimmung hierüber sei nicht erforderlich, da die Verwaltung dies selbst wolle.

**Damit hat sich der Antrag erledigt.**

Nrn. 49, 45

- Anfragen der CDU-Fraktion und der Freien Wähler

**Die Anfragen haben sich mit den Stellungnahmen der Verwaltung erledigt.**

Nr. 51 Konsequente Überwachung der Geschwindigkeitsbeschränkungen auch am Abend und am Wochenende

Nr. 137 Tempo 10-Zone in der Innenstadt

Nr. 139 Tempo 10-Zone vor allen Schulen im Bereich der Hol-Bring-Zonen

- Anträge der SPD-Fraktion

StRin Kübler bringt ihr Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass die Anträge der SPD-Fraktion zur Verkehrssicherheit so auseinandergezogen wurden. Sie bitte daher darum, zuerst die Anträge zur Tempo 10-Zone der Ziffern 137 und 139 zu behandeln. Der SPD-Fraktion sei es wichtig, im Bereich der Consulengasse das Tempo 10 einzuführen. Dies würde die Kernstadt deutlich aufwerten und sicherer machen. Auch die Lärmbelastung würde reduziert. Sie finde es sehr schade, dass die Antwort der Verwaltung nur aufgrund des Begriffes Tempo 10-Zone negativ ausfalle.

OB Zeidler stellt klar, dass die SPD-Fraktion eine Tempo 10-Zone beantragt habe und dementsprechend habe sich die Verwaltung auch mit diesem Thema beschäftigt.

StRin Kübler führt aus, dass man nicht gewusst habe, dass es an dem Wort "Zone" liege. Sie meint, die Verwaltung hätte sie darauf hinweisen können.

OB Zeidler erwidert, dass den Stadträten die Anträge schon eine ganze Zeit lang vorgelegen hätten. Wenn sich die SPD-Fraktion unsicher gewesen sein sollte, hätte sie sich jederzeit melden können. Aufgerufen seien nun die Anträge der Ziffern 137, 139 und 51.



StR Abele hält den Antrag für nicht praktikabel. Wenn alle mit Tempo 10 fahren müssten, beträfe dies auch den ÖPNV. Dieser würde dann nicht mehr funktionieren. Im Übrigen seien die genannten Straßen sicher, hier könne man eigentlich sowieso nicht schneller fahren. Die Intention sei somit zwar nachvollziehbar, aber die Vorschläge nicht praktikabel.

StRin Goeth ergänzt, dass die Einführung von Tempo 10 einen großen Schilderwald nach sich zöge. Zudem gehe ihr die Gängelei der Autofahrer zu weit. Auch die Autofahrer könnten ihren Verstand einsetzen und die normalen Autofahrer würden auch rücksichtsvoll und vernünftig fahren.

Baudezernent Kuhlmann erklärt, dass bereits in der Vergangenheit ein Miteinander der verschiedenen Verkehrsarten diskutiert worden sei. Hierbei gehe es aber nicht um Tempo 10, sondern um die gegenseitige Rücksichtnahme. Vor einigen Jahren habe man eine solche Begegnungszone mit gleichberechtigten Verkehrsteilnehmern einrichten wollen, allerdings sei dies nach wie vor nicht erlaubt, was er bedauere. Solche Begegnungszonen seien seiner Ansicht nach der richtige Weg. In der Schweiz und in den Niederlanden gebe es diese bereits und würden dort sehr gut funktionieren.

StRin Kübler meint, dass dies damals eine gute Idee gewesen sei. Heute seien aber die Fußgänger klar benachteiligt. Im Übrigen würde sie interessieren, weshalb andere Städte wie beispielsweise Bad Schussenried Tempo 10 eingeführt haben, wenn es doch angeblich nicht praktikabel sei. Aus diesen Städten bekomme man nur positive Rückmeldungen. Sie möchte daher diesen Antrag aufrechterhalten.

StR Hummler erwidert, dass Bad Schussenried nicht mit Biberach vergleichbar sei. Die Kernstadt in Bad Schussenried bestehe letztlich aus einer einzigen Hauptstraße. In Biberach sei dies nicht so, hier bräuchte man wesentlich mehr Schilder.

OB Zeidler stellt den **Antrag** der SPD-Fraktion zur konsequenten Überwachung der Geschwindigkeitsbeschränkungen zur Abstimmung.

**Dieser Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen (StRe Hölz, Holl, Kübler, Dr. Metzger, Dr. Schmid und Dr. Wilhelm) und restlichen Nein-Stimmen abgelehnt.**

Anschließend folgt die Abstimmung über den Antrag zum Tempo 10 in der Innenstadt (Ziffer 137):

**Dieser Antrag wird mit 5 Ja-Stimmen (StRe Hölz, Holl, Kübler, Dr. Metzger und Dr. Wilhelm), 1 Enthaltung (StR Dr. Schmid) und restlichen Nein-Stimmen abgelehnt.**

StRin Kübler teilt mit, dass der Antrag in Ziffer 139 zum Tempo 10 vor allen Schulen zurückgezogen werde. Stattdessen **beantragt** sie ein Konzept der Verwaltung und eine Überprüfung, vor welchen Schulen eine Tempo 10-Regelung möglich wäre.

StRin Goeth meint, dass man vielleicht zuerst die Verwaltungsvorschrift des Verkehrsministeriums abwarten solle.

Amtsleiterin Länge erklärt, dass sich die Verwaltungsvorschrift des Verkehrsministeriums auf Tempo 30 beziehe. Normalerweise gelte dort Tempo 50 und die Verwaltungsvorschrift würde es

dann zulassen, hier ein Tempo 30 einzuführen. Ein solches Tempo 30 gebe es aber bereits an Schulen in Biberach.

StRin Kübler teilt mit, den Antrag **zurückzuziehen**.

**Damit ist der Antrag zurückgezogen.**

Nrn. 52, 53

- Anfragen der Freien Wähler

**Die Anfragen haben sich mit den Stellungnahmen der Verwaltung erledigt.**

Nr. 54 Kiga-Software

- Anfrage der Freien Wähler

StR Abele bittet darum, auch den Aufwand, der durch die Einführung der neuen Kindergarten-Software entstehen werde, klar darzustellen.

OB Zeidler sagt zu, hierzu detaillierte Informationen zu liefern.

Nr. 55 Wasserspender

- Anfrage der Freien Wähler

StRin Goeth möchte hinsichtlich der Wasserspender wissen, wie hoch die Wartungskosten pro Jahr seien. Solche Wasserspender halte sie für absoluten Luxus, auch das Leitungswasser könne getrunken werden.

OB Zeidler meint, StRin Goeth solle mal schauen, wie das Wasser aus den Leitungen der Mittelberg-Grundschule komme.

Amtsleiter Walz berichtet, dass pro Gerät zwei Wartungen im Jahr nötig seien. Diese würden jeweils rund 500 Euro kosten.

StRin Holl ergänzt, dass an ihrer Schule zwei Wasserspender aufgestellt worden seien. Seitdem habe sich der Verkauf von Flaschen deutlich reduziert. Diese Maßnahme habe sich somit insgesamt sehr positiv ausgewirkt.

StRin Goeth meint abschließend, dass sich der Rost doch nicht aus dem Wasser filtern lasse.

**Die Anfrage hat sich mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.**

Nrn. 56, 57, 58, 59

- Anfragen der Freien Wähler

**Die Anfragen haben sich mit den Stellungnahmen der Verwaltung erledigt.**

Nr. 60, 61 Stadtmarketing: Beim Stadtinformationssystem Sperrvermerk anbringen

- Antrag der CDU-Fraktion

OB Zeidler erklärt sich mit der Anbringung eines Sperrvermerks beim Stadtinformationssystem einverstanden.

**Damit hat sich der Antrag mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.**

Nr. 62 Stadthalle: Sperrvermerk für Schnurlostelefone anbringen

- Antrag der CDU-Fraktion

StR Abele führt aus, dass es sich bei den 9.500 Euro, die für Schnurlostelefone im Gastronomiebereich der Stadthalle vorgesehen sind, um einen ganz erklecklichen Betrag handele. Die Verwaltung müsse hier zunächst aufzeigen, weshalb diese Telefone so teuer sind.

OB Zeidler erklärt sich damit einverstanden.

**Damit hat sich der Antrag mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.**

Nrn. 63, 64

- Anfragen der CDU-Fraktion und der Freien Wähler

**Die Anfragen haben sich mit den Stellungnahmen der Verwaltung erledigt.**

Nr. 65 Einrichtung einer Haushaltsstelle "Zuweisung an das Lokale Bündnis Familie Biberach"

- Antrag der CDU-Fraktion

StR Abele teilt mit, hinsichtlich der Homepage des Aktionsbündnisses Familie nicht nachvollziehen zu können, weshalb es so schwierig sei, die dafür benötigten 750 Euro irgendwo im Haushalt bereitzustellen. Er warne ausdrücklich vor der Integration dieser Homepage in die städtische Internetseite. Damit würde Tür und Tor geöffnet und die städtische Homepage verwässert.

StRin Goeth schlägt vor, von den 15.000 Euro, die dem Aktionsbündnis als Projektmittel zur Verfügung gestellt werden, 500 Euro für die Finanzierung der Homepage wegzunehmen.

Amtsleiterin Leonhardt meint, dass dies möglich sei.

**Damit hat sich der Antrag mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.**

Nr. 66 Personalauslagerungen bei Jugend Aktiv e.V. wieder in den städtischen Haushalt zurückführen

- Antrag der FDP-Fraktion

OB Zeidler bittet die befangenen StRe Abele, Kübler, Hölz und S. Etzinger, den Ratstisch zu verlassen.

StR Funk erklärt, dass es sich bei diesem Antrag um eine sehr alte FDP-Forderung handele. Er verweise in der Antwort der Verwaltung eine klare Stellungnahme. Insgesamt habe die Stadtverwal-

tung 1,5 Millionen Euro Kosten ausgelagert. Hierüber sollte einmal abgestimmt werden. Es sei klar, dass die Schulsozialarbeit ins Amt für Bildung, Betreuung und Sport gehöre.

StR Walter entgegnet, dass Jugend Aktiv eine hervorragende Arbeit mache, eben weil er selbständig arbeiten könne. Er sehe überhaupt keinen Grund für eine Wiedereingliederung. Zudem erwirtschaftete der Verein rund 250.000 Euro. Er glaube nicht, dass es ein anderes Amt gebe, das vergleichbar mit Jugend Aktiv Geld erwirtschaftete.

StR Dr. Metzger ergänzt, dass es schwierig sei, in diesem Bereich qualifizierte Mitarbeiter zu finden. Jugend Aktiv gelinge dies unter anderem auch deshalb, weil sich der Verein attraktiv präsentiere. Er glaube nicht, dass die Stadt dies auch so könnte. Auch dies spreche dafür, den Verein in dieser eigenständigen Form so zu belassen.

StR Hummeler meint, dass Jugend Aktiv damals gegründet wurde, um bestimmte Zuschüsse erhalten zu können. Seiner Ansicht nach müssten die Vor- und Nachteile einer Jugend Aktiv Lösung einmal klar gegenüber gestellt werden. Dann nähme vielleicht auch die FDP Abstand von ihrer Forderung nach einer Wiedereingliederung.

StR Dr. Wilhelm ergänzt, dass nicht nur die möglichen Zuschüsse für die Jugend Aktiv Lösung sprächen. Die Stadt könne auch gar keine Fachaufsicht ausüben.

StR Funk würde gerne wissen, wie der Verein 250.000 Euro erwirtschaftete.

Amtsleiterin Schneider erklärt, dass die Einnahmen größtenteils aus Zuschüssen stammen.

Abschließend lässt OB Zeidler über den FDP-Antrag abstimmen.

**Dieser Antrag wird bei einer Ja-Stimme (StR Funk) und restlichen Nein-Stimmen abgelehnt.**

Nrn. 67, 68

- Anträge der SPD-Fraktion

**Diese Anträge werden im Rahmen von Drucksache 2016/086 behandelt.**

Nr. 69 Zuschuss Hospiz

- Anfrage der SPD-Fraktion

StR Dr. Metzger erkundigt sich nach dem Zuschuss für das Hospiz. Aufgrund des hohen Spendenaufkommens für das Hospiz stelle sich für ihn die Frage, weshalb die Stadt nach wie vor so einen hohen Abmangel einplane.

Amtsleiterin Leonhardt erklärt, dass dieser Abmangel vorsorglich eingestellt worden sei.

EBM Wersch ergänzt, dass sich die Stadt hierzu verpflichtet habe. Dies bedeutet, dass wenn die Forderung seitens des Hospiz je käme, die Stadt das Geld auch haben müsse.

StR Abele verweist darauf, dass das Hospiz eine hervorragende Arbeit leiste und das Spendenaufkommen gerade deshalb hoch sei. Er sei froh, dass es diese Einrichtung gibt und er halte diese Art von Frage für bedenklich.

StRin Kübler entgegnet, dass auch die SPD das Hospiz für eine hervorragende Einrichtung halte. Trotzdem sei es ihr gutes Recht, sich zu erkundigen, wie es finanziell um das Hospiz stehe.

**Damit hat sich die Anfrage mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.**

Nrn. 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79

**Die Anfragen und Anträge haben sich mit den Stellungnahmen der Verwaltung erledigt.**

Nrn. 80, 81 Konzept für eine "Toilette für alle"

- Anträge der CDU-Fraktion und der Freien Wähler

StR Walter gibt an, dass ihn die Verwaltungsantwort hinsichtlich einer "Toilette für alle" etwas betrübt habe. Es sei ein wichtiges Thema. Die CDU-Fraktion möchte daher ihren **Antrag** aufrecht erhalten und **bittet den Ehrenamtsbeauftragten, dieses Thema gemeinsam mit dem Beirat für Inklusion anzugehen.**

OB Zeidler teilt mit, mögliche Standorte bereits geprüft zu haben. Er wisse nicht, was der Beirat für Inklusion hier noch aus dem Hut zaubern solle.

StR Walter entgegnet, dass direkt betroffene Personen noch einmal einen anderen Blick hätten.

StRin Goeth erklärt, dass es bei dieser Art von Toilette unterschiedliche Kategorien gebe. Für die Stadt Biberach wäre aufgrund der geringen Anzahl von Nutzern eine Toilette der Kategorie drei mit Liege und ohne Lift ausreichend. Sie würde gerne wissen, ob die Liege nicht auch im Rathaus untergebracht werden könnte.

StRin Hölz fügt an, dass es diese Toiletten auch in mobiler Ausführung gebe, beispielsweise für Großereignisse wie das Schützenfest.

**OB Zeidler stellt den Antrag zur Abstimmung. Ohne Gegenstimmen wird dieser angenommen.**

Nr. 82 Mitteilungsblätter der Teilorte gemeinsam mit BIKO austragen

- Antrag der Freien Wähler

StRin Goeth erklärt hinsichtlich der Verteilung von BIBERACH KOMMUNAL, dass dieses gemeinsam mit den Ortsteil-Mitteilungsblättern verteilt werden sollte.

Amtsleiterin Appel meint, dass sich damit wahrscheinlich keine Kosten sparen lassen.

StRin Kübler erkundigt sich, ob es nicht möglich wäre, die Ortsteil-Mitteilungsblätter in BIBERACH KOMMUNAL zu integrieren.

Ortsvorsteher Assfalg bezeichnet diesen Vorschlag als undenkbar.

**Der Antrag hat sich mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt.**

Nr. 83 Projekttopf zur Finanzierung kleinerer sozialer Projekte  
- Antrag der CDU-Fraktion

StR Abele erklärt, dass der von der CDU vorgeschlagene Projekttopf in Höhe von 50.000 Euro auf eine unbürokratische Förderung abziele. Ob es letztlich wirklich 50.000 Euro sein sollen, darüber könne man noch reden. Er meine, dass viele Initiativen von den bürokratischen Hürden der Antragstellung bei einer Stiftung abgeschreckt seien und somit viele Initiativen im Keim erstickt würden.

OB Zeidler meint, dass dieser Projekttopf bei ihm angesiedelt werden müsste. 50.000 Euro halte er für zu viel, damit würden zu große Erwartungen geweckt. Besser sei es, mit 20.000 Euro anzufangen und diesen Betrag eventuell im Laufe der Jahre aufzustocken.

EBM Wersch teilt mit, dass es schon einen beim Oberbürgermeister angesiedelten Projekttopf gebe. Dieser könnte ja um 20.000 Euro aufgestockt werden.

StR Hummler würde interessieren, wie viele Anträge zuletzt mangels Geld nicht bewilligt werden konnten. Seiner Ansicht nach sollte man es auch nicht zu einfach machen. Ein bisschen Mühe sollten sich die Antragsteller schon machen müssen.

StR Schmogro ergänzt, dass man 2.500 Euro vorgeschlagen habe, da dies der jährlichen Übungsleiter-Pauschale entspreche. Die Förderung sei im Übrigen auch als Signal zu verstehen, dass sich die Stadt in diesem Bereich engagiert.

StRin Etzinger weist darauf hin, dass es in Baden-Württemberg gerade in der Jugendarbeit sehr viele Fördertöpfe gebe, die nicht ausgeschöpft würden. Bei der Blapf-Förderung beispielsweise sei mittlerweile die dritte Email geschickt worden mit dem Hinweis, dass noch Fördergelder übrig seien.

OB Zeidler fügt hinzu, dass er dies bestätigen könne. Auch er habe seinen Projekttopf noch nie ausgereizt. Er komme mit seinem Projekttopf von 24.000 Euro sehr gut hin.

StR Dr. Wilhelm meint, dass der Ehrenamtsbeauftragte Klook auf solche Fördermöglichkeiten hinweisen sollte.

OB Zeidler erwidert, dass er dies natürlich mache, dies sei letztlich auch seine Aufgabe.

EBM Wersch ergänzt, dass aus dem Topf des Oberbürgermeisters Projekte einmalig finanziert werden. Laufende Förderungen seien im Haushaltsplan abgebildet und würden nicht in diesem Projekttopf versteckt.

StR Funk meint, dass es sich wieder um eine neue Aufgabe handele, für die es eigentlich keine Notwendigkeit gebe.

StR Hummler hält fest, dass offensichtlich noch kein Antrag aufgrund von fehlendem Geld abgewiesen werden musste. Vor dem Hintergrund von nicht ausgeschöpften Fördermöglichkeiten halte er eine Aufstockung des Fördertopfs für unangemessen.

StR Abele führt aus, mit dem Vorschlag der Verwaltung einverstanden zu sein. Ein Fördertopf von 20.000 Euro bei Oberbürgermeister Zeidler sei in Ordnung. Damit solle auch keine langfristige Finanzierung erfolgen, sondern lediglich eine Starthilfe gegeben werden. Im Übrigen würden die Ausführungen von StRin Etzinger doch gerade zeigen, dass viele Initiativen diese bürokratischen Verfahren scheuen. Er möchte den **Antrag** daher dahingehend modifizieren, dass zunächst 20.000 Euro beim Oberbürgermeister für Förderungen zur Verfügung gestellt werden.

StRin Goeth fragt nach, ob der bisherige OB-Topf in Höhe von 24.000 Euro nun um 20.000 Euro aufgestockt werden solle, obwohl der Topf bisher gar nicht ausgeschöpft worden sei.

StR Abele erwidert, dass bisher niemandem bekannt sei, dass es diesen Topf überhaupt gebe. Würde dieser etwas offensiver beworben, würden mit Sicherheit viel mehr Personen entsprechende Förderanträge stellen.

**Der modifizierte Antrag wird mit 6 Ja-Stimmen (StRe Abele, R. Etzinger, Hagel, Schmogro, Walter und OB Zeidler), 1 Enthaltung (StR Dr. Schmid) und restlichen Nein-Stimmen abgelehnt.**

Nrn. 84, 85, 86, 87, 88

**Die Anfragen und Anträge haben sich mit den Stellungnahmen der Verwaltung erledigt.**

Nr. 90 Erhebung von Kennzahlen für die Verstoßdichten  
- Anfrage der SPD-Fraktion

**Die Anfrage hat sich mit der Stellungnahme der Verwaltung erledigt.**

Nr. 91 Konzeption zur inhaltlichen und strukturellen Weiterentwicklung der Budgets  
- Antrag der CDU-Fraktion

StR Walter teilt mit, dass die CDU-Fraktion mit der Antwort zum Kulturbudget einverstanden sei. Bei den Kindergarten- und Schulbudgets gehe es ihm einfach darum, deren Systematik und Rahmenbedingungen klar dargestellt zu bekommen. Insgesamt sei er mit der Antwort der Verwaltung einverstanden.

**Der Antrag hat sich mit der Stellungnahme der Verwaltung erledigt.**

Nr. 92 Kostendeckungsgrad der verlässlichen Grundschule  
- Anfrage der Freien Wähler

**Die Anfrage hat sich mit der Stellungnahme der Verwaltung erledigt.**

Nr. 93 Kommunalen Bildungsplan: Darstellung der Vergabepaxis  
- Anfrage der CDU-Fraktion

StR Walter teilt mit, dass er sich eine Info-Vorlage mit einer Darstellung der bisher erfolgten Vergaben wünsche.

OB Zeidler erklärt sich damit einverstanden.

Nrn. 94, 95, 96, 97,98

**Die Anfragen haben sich mit den Stellungnahmen der Verwaltung erledigt.**

Nr. 99 Letztes Kindergartenjahr gebührenfrei stellen  
- Antrag der FDP-Fraktion

StR Funk erklärt hinsichtlich des FDP-Antrags, das letzte Kindergartenjahr gebührenfrei zu stellen, dass dieser Wunsch von der FDP regelmäßig geäußert werde. Aus finanzieller Sicht spräche nichts gegen dieses Ansinnen. Auch die Wirtschaftsweisen würden diese Maßnahme begrüßen.

OB Zeidler stellt den Antrag der FDP-Fraktion zur Abstimmung.

**Dieser Antrag wird bei 4 Ja-Stimmen (StRe Funk, Hölz, Dr. Schmid, Dr. Wilhelm), 3 Enthaltungen (StRe Holl, Kübler, Dr. Metzger) und restlichen Nein-Stimmen abgelehnt.**

Nr. 101 Einstellung von erforderlichen Mitteln zur Fortführung der logopädischen Förderung an den Grundschul-Vorbereitungsklassen  
- Antrag der SPD-Fraktion

StRin Kübler führt aus, dass die Schwäbische Zeitung erst kürzlich über die Notwendigkeit und Erfolge der logopädischen Förderung berichtet habe. Sie möchte daher anregen, den hierfür nötigen Betrag in den Haushalt mit aufzunehmen und mit Sperrvermerk zu versehen, während man die Entscheidung des Landkreises abwarte. Auf diese Weise wäre der Betrag im Haushalt aufgeführt und müsste nicht im Nachhinein überplanmäßig aufgenommen werden.

StR Abele teilt mit, dass sich die CDU-Fraktion dem Verwaltungsvorschlag anschließen werde.

Nach Ansicht von StRin Goeth sollte die Stadt hier gemeinsam mit dem Landkreis agieren. Dass eine logopädische Förderung sinnvoll sei, stehe außer Frage. Ob aber das Lernen in Gruppen, in denen jedes Kind eigene Probleme habe, so zielführend sei, vermöge sie fachlich nicht zu beurteilen.

StR Dr. Wilhelm schließt sich seiner Vorrednerin an und ergänzt, dass die logopädische Förderung keine kommunale Aufgabe sei, sondern eine Gesundheitsaufgabe.

StR Funk sieht dies auch so.

StRin Kübler teilt mit, dass die SPD-Fraktion nun auch die Entscheidung des Landkreises abwarten möchte.

**Damit hat sich der Antrag der SPD-Fraktion erledigt.**



Nr. 102 Kinderbetreuung: Elternumfrage

- Anfrage der CDU-Fraktion

StR Walter führt aus, dass die CDU-Fraktion eine Elternumfrage zur Birkendorf-Grundschule für sinnvoll hielt um deren Ergebnisse bei den weiteren Planungen berücksichtigen zu können.

Amtsleiterin Schneider weist darauf hin, dass sich die Umfrage an Eltern mit Kindern im Alter von sechs bis 18 Monaten richte. Diese könnten heute noch gar keine Aussage darüber machen, auf welche Grundschule sie ihre Kinder schicken möchten. Trotzdem könnte man die Frage natürlich mit aufnehmen.

StR Walter widerspricht dem. Heutige Eltern würden sogar viel weitergehende Planungen anstellen. Er halte es daher nicht für falsch, diese Frage mit aufzunehmen.

**Die Anfrage hat sich mit der Stellungnahme der Verwaltung erledigt.**

Nrn. 103, 104, 106

**Die Anfragen haben sich mit den Stellungnahmen der Verwaltung erledigt.**

Nr. 108 Abschaltung von Lichtsignalanlagen überprüfen

- Antrag der SPD-Fraktion

**Der Antrag wird im Bauausschuss behandelt.**

Nrn. 109, 110

**Die Anfragen haben sich mit den Stellungnahmen der Verwaltung erledigt.**

Nr. 111 Unterstützung eines Lieferservice für schwere Einkäufe

- Antrag der SPD-Fraktion

StRin Kübler erklärt, dass sie den vorgeschlagenen Lieferservice als ein Projekt des Stadtmarketings ansehe. Der Lieferservice solle auch nur an Markttagen angeboten werden. Sie erwarte, dass sich die Stadtverwaltung diesbezüglich mit dem Einzelhandel zusammensetzt um gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Kulturdezernent Dr. Riedlbauer weist darauf hin, dass ein solches Projekt schon einmal in überregionalen Arbeitsgruppen diskutiert und erprobt worden sei. Damals sei dies auf Skepsis gestoßen. Ein solches Projekt sei mit sehr großem personellen Aufwand verbunden. Zudem sei ein Preis für das Angebot in Höhe von einem Euro nicht auskömmlich. Bei den bisherigen Pilotprojekten habe der Preis für den Lieferservice durchschnittlich drei Euro betragen. Zudem möchte er darauf hinweisen, dass der Verein Bürger für Bürger bereits einen vergleichbaren Service anbiete.

StRin Goeth erwähnt, dass auch das Mehrgenerationenhaus einen solchen Lieferservice angeboten, mittlerweile aber bereits wieder eingestellt habe. Auch bei Bürger für Bürger würden nur wenige Leute dieses Angebot in Anspruch nehmen. Ihrer Ansicht nach handele es sich hierbei um ein klassisches Ehrenamt. Mit den Einzelhändlern habe sie bereits bezüglich eines Lieferservices für Senioren gesprochen und zur Antwort erhalten, dass der Aufwand einfach viel zu hoch wäre.

Dementsprechend sei der Aufwand auch für die Stadt zu groß. Zudem halte sie dies nicht für eine kommunale Aufgabe.

StR Dr. Wilhelm meint, vielleicht gebe es ja im Rahmen der ÖPNV-Umgestaltung die Möglichkeit, Plätze einzurichten, wo Personen ihre Einkäufe deponieren können. Dann müssten sie ihre Einkäufe nicht die ganze Zeit über mit sich herumtragen.

StRin Kübler teilt mit, dass die SPD-Fraktion ihren Antrag zur Unterstützung eines Lieferservices zurückziehe. Mit den Antworten der Verwaltung zu den SPD-Anträgen Nr. 112 und Nr. 113 sei sie ebenfalls einverstanden.

**Damit werden die Anträge Nr. 111, 112 und 113 zurückgezogen.**

Nrn. 114, 115

- Anträge der Freien Wähler und der CDU-Fraktion

**Die Anträge haben sich mit den Antworten der Verwaltung erledigt.**

Nr. 116 Senkung der Grundsteuerhebesätze A und B zum 1. Januar 2017 auf 200 Prozentpunkte

- Antrag der FDP-Fraktion

StR Funk erklärt, dass der Antrag zur Grundsteuersenkung immer wieder kommen werde. Ziel der FDP-Fraktion seien 200 Prozentpunkte. Wenn im Gremium immer wieder über steigende Mietpreise diskutiert werde, müsse man sich auch die Frage stellen, was man als Stadt dagegen tun könne und die einzige Möglichkeit der Stadt bestehe eben in der Absenkung der Grundsteuer.

EBM Wersch entgegnet, dass eine Grundsteuersenkung nur eine bescheidene Wirkung auf die Mietpreise habe. Im Haushalt werde bereits viel Geld verteilt und daher sei die Stadt auf die Grundsteuer angewiesen.

StRin Goeth meint, damals sehr froh gewesen zu sein über den Kompromiss von 250 Prozentpunkten, auch wenn man ursprünglich selbst für 200 Prozentpunkte plädiert habe. Man sollte nicht jedes Jahr aufs Neue über die Grundsteuer diskutieren.

StR Abele sieht ebenfalls keinen Grund, nach der Einigung auf 250 Prozentpunkte nun eine Absenkung auf 200 Prozentpunkte vorzunehmen. Die CDU-Fraktion werde dem FDP-Antrag daher nicht zustimmen.

StR Funk teilt mit, dass er den Antrag zurückziehe.

**Damit ist der Antrag zurückgezogen.**

Nr. 117 Negativzinsen

- Anfrage der CDU-Fraktion

**Die Anfrage hat sich mit der Stellungnahme der Verwaltung erledigt.**

Nr. 118 Formulierung transparenter Management- und Vergabeziele für Gewerbeflächen  
- Antrag der CDU-Fraktion

StR Abele erklärt, mit der Antwort der Verwaltung zufrieden zu sein, wenngleich er auch eine geringe Begeisterung aus dieser herauslese. Dennoch möchte er auf einige Schwächen in der Darstellung der Gewerbeflächen im Internet hinweisen. So seien einige Angebote nicht aktuell oder man müsse sich erst umständlich über verschiedene Seiten klicken. Was die Stadt anzubieten habe müsse klar und transparent nach außen getragen werden, dies gilt umso mehr für Zeiten, in denen nur wenig Gewerbeflächen angeboten werden können. Adressat hierbei seien nicht nur die Unternehmen, die selbst in Biberach angesiedelt sind, sondern auch auswärtige Firmen. In der Vergangenheit habe man erleben müssen, dass Firmen aus Biberach weggegangen sind, weil entsprechende Angebote nicht gemacht werden konnten.

EBM Wersch gibt zu, dass die Homepage an dieser Stelle Schwächen habe und überarbeitet werden müsse. Es habe aber bisher kein Unternehmen Biberach verlassen müssen, bei dem man in der Lage gewesen wäre, Flächen anzubieten. Auch habe es bereits Anfragen gegeben, die nicht berücksichtigt wurden, weil die Unternehmen keine bereichernde Wirkung für die Standortqualität gehabt hätten.

**Der Antrag hat sich mit der Stellungnahme der Verwaltung erledigt.**

Nr. 119 Gründe für das Fehlen der Sportförderzuschüsse für die Kletterhalle (DAV)  
- Anfrage der SPD-Fraktion

**Die Anfrage hat sich mit der Stellungnahme der Verwaltung erledigt.**

Nr. 124 Steigerlager in städtischen Besitz bringen  
- Antrag der SPD-Fraktion

StRin Kübler meint, dass bezüglich des Steigerlagers endlich etwas passieren müsse. Es sei bedauerlich, dass dieses einfach so vor sich hinrotte. Man könnte beispielsweise die Tiefgarage sanieren und die Gewerbefläche für einen Drogeriemarkt zur Verfügung stellen. Sie würde es begrüßen, wenn die Verwaltung die Aufnahme von Gesprächen mit dem Besitzer zusagen würde.

EBM Wersch erklärt, dass das Steigerlager im Besitz von 33 Eigentümern sei. Ordnungspolitisch sei es völlig falsch, hier einzugreifen. Wenn sich das Steigerlager für ein Investment eignen würde, wäre ein solches Investment schon längst erfolgt. Würde die Stadt hier einsteigen, würde sie ein Millionengrab kaufen. Dies wolle keiner und sei im Übrigen auch rechtlich gar nicht zulässig. Wenn es einen Investor gebe, würde die Verwaltung diesen entsprechend begleiten und unterstützen. Da es aber keinen Investor gebe, könne man dieses Problem nun nicht sozialisieren.

Baubürgermeister Kuhlmann ergänzt, dass er den neuen Eigentümer des Steigerlagers angeschrieben und ihm Gespräche angeboten habe. Man sei sogar bereit gewesen, über bauliche Veränderungen zu sprechen. Trotz Nachfrage habe es jedoch nie eine Reaktion des Eigentümers gegeben und mehr könne er letztlich auch nicht machen.

StRin Kübler verweist auf die Wohnungseigentümer und wirft die Frage auf, ob es die Stadt einfach so zulassen könne, dass das Gebäude zerfällt.

StR Abele meint, dass es der Fehler des damaligen Gemeinderats war.

StR Funk stimmt seinem Vorredner zu, ihm würden die Wohnungseigentümer leidtun.

**Der Antrag hat sich mit der Stellungnahme der Verwaltung erledigt.**

Nr. 125 Bericht über angebotene, aber durch die Verwaltung nicht gekaufte Grundstücke  
- Antrag der FDP-Fraktion

StR Funk bekräftigt, dass er nicht nur über gekaufte Grundstücke informiert werden möchte, sondern auch über jene Grundstücke, die die Verwaltung nicht kaufen möchte. Er wisse von solchen Grundstücken.

OB Zeidler erwidert, dass StR Funk doch eine konkrete Anfrage stellen könne.

**Der Antrag hat sich mit der Stellungnahme der Verwaltung erledigt.**

Nr. 126 Kauf des Postareals  
- Antrag der CDU-Fraktion

StR Abele weist darauf hin, dass dieses Thema nicht in den Bauausschuss gehöre. Ansonsten sei er mit der Antwort der Verwaltung einverstanden.

Nr. 127 Koordination des kostengünstigen Wohnungsbaus  
- Anfrage der Freien Wähler

**Die Anfrage hat sich mit der Stellungnahme der Verwaltung erledigt.**

Nr. 128 Behördenparkplätze in der Viehmarktstraße zum Verkauf bringen  
- Antrag der Grünen-Fraktion

StR Dr. Schmid meint bezüglich des Antrags der Grünen, die Behördenparkplätze in der Viehmarktstraße zu verkaufen, dass der Bebauungsplan aus dem Jahr 2011 umgesetzt werden solle. Hier gebe es seit 40 Jahren eine Baulücke, die man auf sehr attraktive Weise schließen könnte.

EBM Wersch teilt mit, nicht erkennen zu können, weshalb die Stadt das Grundstück verkaufen solle, wenn sie auf das Geld nicht angewiesen sei.

StR Funk stimmt StR Dr. Schmid zu. Die Stadt sollte mit gutem Beispiel vorangehen und solch ein gutes Grundstück nicht über Jahrzehnte unbebaut liegen lassen.

**Der Antrag wird bei 4 Ja-Stimmen (StRe Hölz, Dr. Schmid, Dr. Wilhelm, Funk), 1 Enthaltung (StR Dr. Metzger) und restlichen Nein-Stimmen abgelehnt.**

Nr. 129 Alle städtischen Hallen werden mit Namen versehen  
- Antrag der CDU-Fraktion

**Der Antrag wird im Bauausschuss behandelt.**

Nrn. 130, 131, 134

**Die Anträge haben sich mit den Stellungnahmen der Verwaltung erledigt.**

Nr. 135 Überarbeitung des Konzeptes der Angebote im Rathausfoyer

- Antrag der SPD-Fraktion

StRin Kübler führt aus, dass das Konzept der Angebote im Rathausfoyer überarbeitet werden müsste. Insbesondere möchte sie vorschlagen, zwei verschiedene Schalter für den Kartenservice, beziehungsweise allgemeine Fragen, einzurichten.

Kulturdezernent Dr. Riedlbauer teilt mit, dass man sich hierüber schon Gedanken gemacht habe. Eine solche Trennung sei aber nicht praktikabel. Die Bürger würden immer da hingehen, wo gerade frei ist. Vielmehr sei ausreichend qualifiziertes und freundliches Personal nötig.

OB Zeidler ergänzt, dass derzeit die unterschiedlichen Öffnungszeiten mit zum Problem beitragen würden. Diese müssten angeglichen werden.

**Der Antrag hat sich mit der Stellungnahme der Verwaltung erledigt.**

Nr. 136 Einheitliche Öffnungszeiten für Karten- und Touristenservice und Bürgerbüro

- Antrag der SPD-Fraktion

**Der Antrag hat sich mit der Stellungnahme der Verwaltung erledigt.**

Nr. 138 Kulturbericht in zweijährigem Rhythmus erstellen

- Antrag der Grünen-Fraktion

StR Dr. Schmid meint, dass der Kulturbericht künftig alle zwei Jahre erstellt werden sollte um das Themenfeld Kultur stärker zu gewichten.

StR Funk teilt mit, dass die FDP-Fraktion diesen Antrag unterstützen werde.

StRin Goeth hält es für sinnvoll, das Kulturbudget und den Kulturbericht auch weiterhin zu bündeln. Die Freien Wähler würden sich daher der Verwaltung anschließen.

StR Abele teilt die Einschätzung seiner Vorrednerin.

**Der Antrag der Grünen-Fraktion wird bei 4 Ja-Stimmen (StRe Hölz, Dr. Schmid, Dr. Wilhelm, Funk) und restlichen Nein-Stimmen abgelehnt.**

Nr. 140 GI-System: Suchmöglichkeit in pdf-Dokumenten

- Anfrage der SPD-Fraktion

**Die Anfrage hat sich mit der Stellungnahme der Verwaltung erledigt.**

Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am 06.12.2016

Abschließend wird über den Haushaltsplan insgesamt mit den beschlossenen Änderungen abgestimmt. **Er wird bei 4 Enthaltungen (StRe Holl, Kübler, Dr. Metzger, Funk) und restlichen Ja-Stimmen zur Beschlussfassung empfohlen.**

**TOP 6.      Althilfelfachberatung**

**2016/086**

Dem Hauptausschuss liegt die Drucksache Nr. 2016/086 zur Vorberatung vor.

StR Walter teilt mit, dass die CDU-Fraktion der Vorlage zustimmen werde. Die Unabhängigkeit der Stelle sei durch die gegenseitige Kontrolle von Stadt und Hospital gewährleistet.

StR Dr. Metzger meint, dass das Seniorenbüro in städtische Trägerschaft überführt werden sollte. Die Finanzierung könne unabhängig davon gemeinsam erfolgen. Die Verquickung dieser Frage mit der Frage über den Pflegestützpunkt halte er für fragwürdig. Ihm sei schon deutlich erklärt worden, dass die Neutralität des Seniorenbüros von Mitbewerbern in Zweifel gezogen werde. Das Seniorenbüro sei mittlerweile im Rathaus untergebracht, was dem Bürger eine unabhängige, neutrale Beratung signalisiere. Und er wisse auch, dass der Seniorenbeauftragte in seinen Beratungsgesprächen die Neutralität bewahrt. Insofern dürfte der Wechsel in städtische Trägerschaft für ihn kein Problem darstellen. Man habe ihm bisher auch keinen sachlichen Grund genannt, weshalb das Seniorenbüro in der Trägerschaft des Hospitals verbleiben sollte.

StRin Goeth weist daraufhin, dass man unterscheiden müsse zwischen der Frage der Trägerschaft und der Art der Finanzierung. Bei der jetzigen Vorlage gehe es um die Finanzierung des Seniorenbüros. Dieses habe man damals bewusst beim Hospital angesiedelt, weil hier die Fachkompetenz vorhanden sei und nicht bei der Stadt. Dagegen hätten sich die Kirchen zunächst gewehrt, da dieses das Seniorenbüro mit eigenem Personal paritätisch besetzen wollten. Inzwischen laufe das Seniorenbüro sehr gut und auch von den Kirchen kämen keine Klagen. Um in Zukunft keinen Mutmaßungen über die Neutralität des Seniorenbüros ausgesetzt zu sein, wäre eine Überführung in städtische Trägerschaft vielleicht doch sinnvoll. Für die Einrichtung des Pflegestützpunktes jedenfalls spiele die Frage der Trägerschaft aktuell keine Rolle mehr. Die Freien Wähler seien offen für einen Trägerwechsel um künftig über alle Zweifel erhaben zu sein. Hierbei möchte sie jedoch darauf hinweisen, dass die Neutralität des Seniorenbüros von den Freien Wähler nicht angezweifelt werde. Sollte der SPD-Antrag eine Mehrheit finden, müsste aber mehr geregelt werden als nur die Finanzierung, denn der Seniorenbeauftragte nehme ja auch noch andere Aufgaben wahr, beispielsweise die Mitarbeit im Kuratorium des Ochsenhauser Hofes.

StR Dr. Wilhelm sieht keine Argumente für eine Überführung des Seniorenbüros in städtische Trägerschaft.

StR Funk teilt mit, für die städtische Trägerschaft und gegen eine paritätische Finanzierung zu sein. Wenn die Stadt Trägerin der Seniorenbüros werde, müsste sie auch für die vollen Kosten aufkommen. Deshalb werde er der Vorlage nicht zustimmen.

EBM Wersch führt aus, dass das Seniorenbüro seit zehn Jahre gute Arbeit leiste. Die Frage der Neutralität werde ohne Not und letztlich nur deshalb gestellt, weil man die blöde Idee gehabt habe, bei der Stadt nach einer Anteilsfinanzierung zu fragen. Diese Anfrage habe die jetzige Debatte ausgelöst. Der Hospital sei eine Stiftung für die Bürger und habe immer für alle Bürger gearbeitet. Daran habe sich überhaupt nichts geändert. Als das Seniorenbüro 2006 seine Arbeit aufgenommen habe, sei klar gewesen, dass das Seniorenbüro für alle Bürger dieser Stadt arbeite. Das Hospital betreibe auch die Seniorenbegegnungsstätte Ochsenhauser Hof, obwohl dies eigentlich eine städtische Aufgabe wäre. Im Prinzip könnte man auf diese Weise die gesamte Arbeit der Stif-

tung hinterfragen. Die Debatte, die aktuell geführt werde, spiele seinem Eindruck nach in der täglichen Arbeit der Stiftung überhaupt keine Rolle. Insofern bedauere er den wiederholten Versuch, diese Arbeit zu diskreditieren. Er sehe überhaupt keinen Anlass, etwas an der Trägerschaft des Seniorenbüros zu ändern.

StR Dr. Metzger erwidert, dass er die Arbeit des Seniorenbüros nicht habe diskreditieren wollen. Er sei lediglich von Personen angesprochen worden, dass das Seniorenbüro nicht als neutral wahrgenommen werde. Und dann müsse man schon über die Frage der Trägerschaft sprechen. Das Seniorenbüro sei zudem als Beratungsstelle etwas ganz anderes als der Ochsenhauser Hof.

StR Walter bezeichnet dies als ungeheuerlichen Vorwurf. Zumal StR Dr. Metzger selbst gesagt habe, dass er persönlich die Arbeit des Seniorenbeauftragten schätze. Er selbst kenne niemanden, der die Unabhängigkeit und Neutralität des Seniorenbeauftragten bezweifeln würde.

OB Zeidler kündigt an, zunächst über den **Antrag** der SPD-Fraktion, das Seniorenbüro in städtische Trägerschaft zu übernehmen, abstimmen zu lassen.

Dieser **Antrag** wird bei 4 Ja-Stimmen (StRe Holl, Kübler, Dr. Metzger, Funk), 1 Enthaltung (StRin Goeth) und restlichen Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Anschließend erfolgt die Abstimmung über die Beschlussvorlage zur gemeinsamen Finanzierung des Seniorenbüros.

Bei 1 Nein-Stimme (StR Funk), 3 Enthaltungen (StRe Holl, Kübler, Dr. Metzger) und restlichen Ja-Stimmen fasst der Hauptausschuss folgenden

**Beschluss:**

**Dem Gemeinderat wird empfohlen, gemäß der Beschlussvorlage der Verwaltung zu beschließen.**



**Hauptausschuss, 06.12.2016, öffentlich**

**Zur Beurkundung:**

Vorsitzender: ..... Oberbürgermeister Zeidler

Stadträtin: ..... Goeth

Stadträtin: ..... Kübler

Schriftführer: ..... Achberger

Gesehen: ..... EBM Wersch

Gesehen: ..... BM Kuhlmann